**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
27. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
27.06.2012

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 27.06.2012

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:30 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 der GeschO des Rates betr. Betreibersuche für das Ü-Bad

Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 der GeschO des Rates betr. Verkauf künftig frei werdender schulischer Immobilien/ Grundstücke

1. Sanierungsplan 2012
2. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 2.1 Fortschreibung des Ergebnisplanes für den Zeitraum des Stärkungspaktes
3. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

4. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 I 2 GO NRW
5. Erweiterungen zur Tagesordnung
6. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Herbert Fibus	SPD

Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Frau Christa Thar-Hennes	UWG
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Abwesende Stadtverordnete

Herr Manfred J. Offermanns	parteilos
Herr Jörg Ulrich	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Verwaltungsangestellter Volkhard Dörr
Herr Technischer Angestellter Achim Engels
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtoberamtsrat Ralf Kouchen
Herr Verwaltungsangestellter Gottfried Mannheims
Frau Personalratsvorsitzende Silvia Treptow
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die zahlreichen Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Weiterhin begrüßte er die Herren Schwickardi und Keils von der GPA.

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion stelle zwei Änderungsanträge zur Tagesordnung: erstens werde darum gebeten, die zwei vorliegenden Anträge gem. § 5 GeschO der CDU-Fraktion vor dem TOP Sanierungsplan 2012 zu behandeln, zweitens werde beantragt, über den Sanierungsplan gesamt und nicht über die jeweilige Einzelmaßnahme zu beschließen.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, die SPD-Fraktion werde dem Antrag, nicht über die jeweiligen Einzelmaßnahmen abzustimmen, nicht zustimmen. Er verweise hierzu auf die vorgeschlagene Vorgehensweise der Verwaltung. Hierzu heiße es in der Sitzungsvorlage: "Zum Zwecke der besseren Übersichtlichkeit und Transparenz insb. für die politische Diskussion zu den einzelnen von Seiten der Verwaltung und von Seiten der Politik eingebrachten Konsolidierungsmaßnahmen sollen zu jeder diskutierten Maßnahme zunächst Einzelbeschlüsse gefasst werden [...]." Diesen Vorschlag halte er für sehr vernünftig und die SPD-Fraktion wolle diesem auch folgen. Seiner Meinung nach haben insbesondere auch die Bürger ein Anrecht darauf zu erfahren, welche Meinung die einzelnen Fraktionen zu den jeweiligen Maßnahmen vertreten.

Was die Anträge gem. § 5 der GeschO der CDU-Fraktion betreffe, mache es Sinn, diese im Zusammenhang mit der konkreten Einzelmaßnahme zu diskutieren.

Abschließend wolle er noch darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion am Ende der Beratung über die Einzelmaßnahmen eine kurze Sitzungsunterbrechung beantragen werde.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion könne dem Antrag der CDU-Fraktion, ausschließlich über den Sanierungsplan als Gesamtpaket zu beschließen, folgen, da die UWG-Fraktion dem von der Verwaltung vorgelegten Sanierungsplan unverändert zustimmen wolle.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass am Schluss der Beratung auf jeden Fall ein Beschluss über den Gesamtsanierungsplan erfolgen müsse, unabhängig davon, ob im Vorfeld Einzelbeschlüsse zu den jeweiligen Maßnahmen gefasst werden. Weiterhin erklärte er, dass er den Antrag der CDU-Fraktion so verstanden habe, dass lediglich keine Beschlüsse zu den jeweiligen Einzelmaßnahmen gefasst werden sollen, eine Diskussion über die Einzelmaßnahmen hierdurch jedoch nicht entfalle.

Bürgermeister Jungnitsch ließ über die Anträge der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

- 1. Die Anträge der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO werden vor dem TOP 1 "Sanierungsplan 2012" behandelt.**
- 2. Es wird lediglich über den Sanierungsplan als Gesamtpaket beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

**14 Nein-Stimmen
17 Ja-Stimmen**

zu 2:

**14 Nein-Stimmen
17 Ja-Stimmen**

A) Öffentliche Sitzung

Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 der GeschO des Rates betr. Betreibersuche für das Ü-Bad

Schrifführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erläuterte, die CDU-Fraktion sehe in der Betreibersuche eine Möglichkeit, die Schließung des Ü-Bades zu verhindern und es sei nun auch noch ausreichend Zeit für solche Bemühungen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, man habe schon oft vergeblich versucht, einen Betreiber für das Ü-Bad zu finden. Er habe das Gefühl, ein solcher Antrag sei bereits zum xsten Mal gestellt worden und diene heute nur als Ablenkung zur Aufnahme der Schließung des Ü-Bades in den Sanierungsplan. Die SPD-Fraktion werde der Aufnahme der Schließung des Ü-Bades in den Sanierungsplan nicht zustimmen. Es müsse sicherlich versucht werden, das Ü-Bad wirtschaftlicher zu betreiben, aber eine Schließung sei nicht gewollt. Und da er den Antrag der CDU-Fraktion für Augenwischerei halte, werde er diesem heute auch nicht zustimmen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** entgegnete, er wehre sich ganz massiv gegen den Ausdruck der Augenwischerei. Dies sei ein ernst gemeinter Antrag. Niemand wolle die Schließung des Ü-Bades und der Antrag solle dazu beitragen dies zu verhindern.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, die Vergangenheit habe gezeigt, dass eine Betreibersuche nicht erfolgreich sei. Auch die Fraktion B90/ Die Grünen wolle, dass die Schließung des Ü-Bades aus dem Sanierungsplan herausgenommen werde. Sie möchte, dass das Ü-Bad in städtischer Hand verbleibe und habe deshalb ebenfalls Vorschläge unterbreitet. Er verweise hierzu auf die schriftliche Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Sanierungsplan, die er dem Bürgermeister gestern vorgelegt habe (die Stellungnahme wurde als Tischvorlage vor Beginn der Sitzung ausgeteilt und ist ebenfalls als Anlage der Niederschrift beigefügt). Er vertrete die Auffassung, die Schließung des Ü-Bades solle aus dem Sanierungsplan gestrichen werden, da dort nur Maßnahmen aufgenommen werden sollten, bei denen eine

Konsolidierung auch erfolgsversprechend sei. Er werde dem Antrag der CDU-Fraktion so nicht folgen, es sei denn, die von der Fraktion B90/ Die Grünen vorgelegten Vorschläge werden als Alternativen ebenfalls in den Beschluss mit aufgenommen.

Stadtverordnete **Weinhold** stimmte Stadtverordnetem Reißmayer insoweit zu, dass man alle Möglichkeiten in Bezug auf das Ü-Bad ausschöpfen sollte. Allerdings werde die UWG-Fraktion dem vorliegenden Sanierungsplan inklusive der Schließung des Ü-Bades heute so zustimmen, weil diese Position die größte in dem Sanierungsplan sei und sie befürchte, dass der Sanierungsplan von der Bezirksregierung nicht genehmigt werde, wenn diese Position gestrichen werde. Sie wolle klarstellen, dass auch die UWG-Fraktion eine Schließung des Ü-Bades nicht wolle. Aber bis zur geplanten Umsetzung sei genügend Zeit, um nach Alternativlösungen zu suchen. Auch müsse man an dieser Stelle den Bürgern vor Augen führen, dass das zu erreichende Konsolidierungsziel, das nicht durch Einsparungen erzielt werden könne, durch Steuererhöhungen gedeckt werden müsse.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, er glaube ja, dass sowohl CDU als auch UWG das Ü-Bad erhalten wollen. Aber dann müsse man auch so konsequent sein und die Schließung erst gar nicht in den Sanierungsplan aufnehmen. Zur Aussage der Stadtverordneten Weinhold über die Steuererhöhung hätte er gerne vom Kämmerer dargestellt, wie sich die Streichung der Schließung des Ü-Bades auf den Zielerreichungsgrad auswirken würde.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dies werde man gleich bei der Besprechung der Einzelmaßnahmen des Sanierungsplanes darstellen können. Nun wolle er zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion mit den ergänzenden Alternativvorschlägen der Fraktion B90/ Die Grünen abstimmen lassen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die weitere Nutzung des Ü-Bades einen kompetenten Betreiber zu suchen, damit die im Verwaltungsentwurf des Haushaltssanierungsplanes vorgesehene Schließung des Ü-Bades ab 2016 nicht verwirklicht werden muss.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, folgende Punkte zu prüfen/planen und zu den kommenden Fortschreibungen des Sanierungsplanes zu berichten:

- **Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Sauna**
- **Erstellung einer konkreten Kostenanalyse für Schulschwimmen in Nachbarkommunen**
- **Prüfung, ob durch Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes Energieeinsparungen zu erzielen sind**
- **Nutzerprofil des Bades erstellen (gibt es zusätzliche Koop-Möglichkeiten mit Fitness-Betrieben, Physiotherapien, Reha-Einrichtungen etc.)**
- **Planungen für die Realisierung eines Eigenbetriebes mit möglichen Partnern und Investoren**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 der GeschO des Rates betr. Verkauf künftig frei werdender schulischer Immobilien/ Grundstücke

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erläuterte, den Antrag habe die CDU-Fraktion gestellt, weil die möglichen Verkaufserlöse dieser Immobilien/ Grundstücke bisher nicht im Sanierungsplan berücksichtigt worden seien.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, es wäre konsequent zu sagen, dass die städtischen Gebäude/ Immobilien, die ihre bisherige Funktion verlieren, entweder verkauft oder anderweitig genutzt werden. Sie einfach nur zu verkaufen, sei der falsche Ansatz. Zunächst müssten sie auf eine wirtschaftliche Nutzung hin überprüft werden.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** entgegnete, eine solche Prüfung im Vorfeld habe die CDU-Fraktion unterstellt.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dies gehe aber aus dem vorliegenden Antrag nicht hervor und daher bitte er, dies als Ergänzung in den Beschluss aufzunehmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für künftig frei werdende schulische Immobilien/ Grundstücke schnellstmöglich Kaufinteressenten zu suchen. Im Vorfeld sollen die Immobilien und Grundstücke jedoch auf eine wirtschaftliche Nutzung hin untersucht werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

1. Sanierungsplan 2012

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, aufgrund des zu Beginn der Sitzung gefassten Beschlusses werden nun zunächst alle Maßnahmen einzeln besprochen, der Sanierungsplan am Schluss aber als Gesamtpaket beschlossen. Die Punkte 24 und 25 habe man bereits behandelt.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er gehe davon aus, dass die Positionen, die keine Zahlen beinhalten auch noch nicht berechnet worden seien. Somit mache es seiner Meinung nach keinen Sinn diese jetzt zu diskutieren. Er schlage daher vor, diese Punkte (Nr. 1 bis 23) erst für den Sanierungsplan 2013 zu berücksichtigen.

Mit dieser Vorgehensweise erklärten sich alle einverstanden.

zu Nr. 26 "Schließung Ü-Bad":

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, aufgrund des bereits erfolgten Beschlusses müsse die Formulierung von "Schließung Ü-Bad" geändert werden in „Suche eines Betreibers für das Ü-Bad“.

Stadtverordneter **Weißborn** bat den Kämmerer darzustellen, wie sich die Streichung der Maßnahme "Schließung Ü-Bad" auf eine Steuererhöhung auswirken würde. Wie verändere sich der Zielerreichungsgrad nach Streichung dieser Maßnahme?

Kämmerer **Beeck** erklärte, zunächst wolle er auf einen Fehler in der den Stadtverordneten am 26.06.2012 zugestellten Maßnahmeliste hinweisen. Hier seien bei der Maßnahme Nr. 24 „Zinsreduzierungskonzept“ die Konsolidierungsbeträge um ein Jahr nach hinten verrutscht. Eine entsprechend korrigierte Liste habe er vor Beginn der Sitzung ausgeteilt (die Liste ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).

In Bezug auf die Änderung des Zielerreichungsgrades bei Streichung der Maßnahme "Schließung Ü-Bad" aus dem Sanierungsplan nannte Kämmerer **Beeck** die sich daraus ergebenden folgenden Prozentsätze für die einzelnen Jahre: 2016: 145%, 2017: 126%, 2018: 113%, 2019: 140%, 2020: 130%, 2021: 119%.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass somit die Streichung der Maßnahme "Schließung Ü-Bad" keine weitere Steuererhöhung mit sich bringen würde, da der Zielerreichungsgrad in allen Jahren weiterhin über 100% liege. Der Sanierungsplan sei auch ohne diese Maßnahme genehmigungsfähig.

Kämmerer **Beeck** merkte an, dies sei allerdings nur dann der Fall, wenn die Kommunalaufsicht der Auffassung der Verwaltung folge, dass der Solidarbeitrag ab dem Jahr 2019 weg falle. Dies sei zwar Gesetzeslage, aber eine Verlängerung wäre durchaus nicht unrealistisch.

Herr **Schwickardi** erklärte, man wisse nicht, wie die Kommunalaufsicht den Sanierungsplan bewerten werde. Sie sei in ihrer Entscheidung autark. Die Maßnahme "Schließung Ü-Bad" umfasse eine komplexe Modellrechnung.

Er könne nur empfehlen, innerhalb des Sanierungsplanes nicht zu knapp zu kalkulieren. Denn falls eine tatsächliche Umsetzung einer Maßnahme von der Berechnung her negativer ausfalle als derzeit angesetzt, müsse man spätestens dann neue Maßnahmen entwickeln.

Bereits in der Einwohnerinformationsveranstaltung sei gefragt worden, wie starr die Entscheidungen innerhalb des Sanierungsplanes seien. Er könne hier nur nochmals betonen, dass der Sanierungsplan veränderbar sei. Allerdings sollte zwischen Einsparungen und Steuererhöhungen stets die Waage gehalten werden, um einen Ausgleich herbeizuführen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, aufgrund dieser Aussage wolle die CDU-Fraktion dem vorliegenden Sanierungsplan zustimmen. Die Verwaltung habe etwas erarbeitet, was große Aussicht auf Erfolg habe, bei der Bezirksregierung genehmigt zu werden. Und bereits in Kürze werde man schon wieder in die Beratungen für den Sanierungsplan 2013 einsteigen. Bis dahin können weitere Berechnungen erfolgen und man könne noch einmal alles in Ruhe besprechen, ob man für 2013 bereits Änderungen im Sanierungsplan vornehmen werde. Er fordere daher die SPD-Fraktion

auf, heute dem vorliegenden Sanierungsplanentwurf zuzustimmen und die Diskussionen und Änderungsvorschläge für die Aufstellung des Sanierungsplanes 2013 weiterzuführen.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, er könne sich nur über die politische Situation wundern. Heute habe man bereits den 27.06. und bis zum 30.06. müsse der Sanierungsplan vorgelegt werden. Da bleibe keine Zeit mehr, viel zu diskutieren. Es sei allen Fraktionen an der Erhaltung des Ü-Bades gelegen. Und es gebe noch viele Vorschläge zu berechnen, die ggf. eine alternative Lösung mit sich bringen könnten. Aber es wundere ihn doch sehr, dass Stadtverordneter Weißborn den Punkt mit dem größten Einsparpotential bereits jetzt schon streichen wolle. Dies halte er für fahrlässig. Er bitte, heute den Sanierungsplanentwurf, so wie er vorliege, zu beschließen, wohlwissend, dass alles änderbar sei. Man sollte an dieser Stelle aufhören, Politik zu machen und die Diskussion heute abkürzen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er wehre sich gegen den Vorwurf Politik zu machen. Die Fraktion B90/ Die Grünen habe mit viel Mühe eine Stellungnahme zu den einzelnen Sanierungsmaßnahmen erarbeitet.

Alle seien sich einig, dass die Schließung des Ü-Bades tatsächlich nicht gewollt sei. Aber dann dürfe man diese Maßnahme auch nicht im Sanierungsplan aufnehmen. Wenn man nicht bereit sei, das Ü-Bad tatsächlich zu schließen, könne man hierfür auch keinen fiktiven Betrag, der niemals konkret werden solle, im Sanierungsplan aufnehmen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er habe es so verstanden, dass durch den Beschluss im Rahmen des Antrages der CDU-Fraktion, die Formulierung "Schließung Ü-Bad" in "Suche eines Betreibers" geändert, der Betrag jedoch beibehalten werde.

Stadtverordneter **Weißborn** stimmte Stadtverordnetem Rißmayer zu. Wenn die Schließung nicht gewollt sei, gehöre sie auch nicht in den Sanierungsplan. Zudem liege der Zielerreichungsgrad auch ohne diese Maßnahme über 100%. Deswegen sei er fest davon überzeugt, dass der Sanierungsplan auch ohne diese Maßnahme von der Bezirksregierung genehmigt werden würde. Sollte die Schließung des Ü-Bades nicht aus dem Sanierungsplan gestrichen werden, werde die SPD-Fraktion dem Sanierungsplan nicht zustimmen.

zu Nr. 27 "Personalentwicklungskonzept"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 28 "Schulstandoptimierung in Bezug auf den demographischen Wandel"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 29 "Grünpflegeaufwand reduzieren":

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, dies nach einem Jahr zu überprüfen und gleichzeitig auch nach Alternativen für eine effizientere Grünpflege zu suchen. Er halte es für wichtig, dass die Stadt ihr gepflegtes Erscheinungsbild behalte.

Stadtverordneter **Rißmayer** wies darauf hin, dass die Fraktion B90/ Die Grünen hier-

zu den Vorschlag gemacht habe, zu prüfen, ob evtl. andere Arbeiten des Bauhofes entfallen könnten, um einen Teil der wegfallenden Pflegearbeiten zu kompensieren. Auch sollte geprüft werden, ob durch Weiterqualifizierung des Personals eine höhere Arbeitseffizienz erzielt werden könne.

zu Nr. 30 "Einführung eines professionellen Immobilienmanagements"

Technischer Angestellter Vogelheim führte aus, dass zum einen die Konditionen der Energieversorgung und zum anderen die Optimierung der Energieverbräuche angestrebt werden. Bei Beendigung der bestehenden Verträge zur Energieversorgung sollen künftig, entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, die Leistungen ausgeschrieben werden. Zur Senkung der Verbräuche solle den Nutzern die Grundthematik: Wie belüfte und beheize ich ein Gebäude? - Wie kann ich Energie einsparen? - näher gebracht werden. Eine weitere Maßnahme im Rahmen der Einführung des Immobilienmanagements werde die langjährig angelegte detaillierte Bestandaufnahme der städtischen Gebäude sein, um so die Gebäudeunterhaltung und Sanierung zu optimieren und langfristig planbar zu gestalten.

zu Nr. 31 " Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung zw. 0.00 bis 05.00 Uhr"

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, ergänzend schlage er vor zu prüfen ob und wo Gefahrenpunkte in der Stadt liegen, die von der Nachtabschaltung ausgenommen werden sollten und zu prüfen ob und wo eine teilweise Umstellung auf bewegungsgesteuerte Beleuchtung sinnvoll sei.

Stadtverordneter **Weißborn** stimmte dem Vorschlag zu. Weiterhin rege er einen Erfahrungsaustausch mit anderen Städten an. Auch sollte überlegt werden, ob bei besonderen Veranstaltungen, wie zum Beispiel Karneval, Ausnahmeregelungen getroffen werden.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** schlug vor, dass die Verwaltung einmal jährlich einen Erfahrungsbericht bzgl. der einzelnen Maßnahmen abgebe.

Bürgermeister Jungnitsch sagte zu, rechtzeitig über bestimmte Maßnahmen zu berichten.

Herr **Schwickardi** ergänzte, die Verwaltung sei per Gesetz verpflichtet dreimal jährlich Bericht gegenüber der Kommunalaufsicht zu erstatten. In diesem Zusammenhang sollte generell ein Controlling erfolgen und auch dem Rat berichtet werden.

zu Nr. 32 "Schließung Stadtbücherei"

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, vom Grundsatz sei er mit der Maßnahme einverstanden. Allerdings sollte das Bildungsangebot erhalten werden. Er habe daher die Bitte, rechtzeitig nach Alternativlösungen (z. B. über Vereine) zu suchen.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass auch die Fraktion B90/Die Grünen einen Vorschlag eingereicht haben, nach einem Alternativmodell zu suchen. Auch er persönlich halte dies für wichtig.

zu Nr. 33 "Einführen einer Parkraumbewirtschaftung"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 34 "Alt. 1: Verkauf Altes Rathaus, Alt. 2: Mieterhöhung Altes Rathaus "

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion stimme für die Alternative 1.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, auch er halte diese Alternative für die beste. Allerdings bitte er sicherzustellen, dass für die Vereine eine Alternative aufgezeigt werde.

Bürgermeister Jungnitsch unterstrich, dass auch ihm dies persönlich sehr wichtig sei.

Stadtverordneter **Rißmayer** schlug vor, es zunächst mit einer Mieterhöhung zu versuchen und je nach Entwicklung zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal über den Verkauf zu diskutieren.

zu Nr. 35 "Verschlankung der Ausschussarbeit der politischen Gremien"

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die Maßnahme beinhalte 2 Teilaspekte, zum einen die Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse und zum anderen die Änderung der Aufwandsentschädigung. Die SPD-Fraktion stimme für beide Änderungen. Er würde gerne wissen, wie dies die CDU-Fraktion sehe.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, auch die CDU-Fraktion wolle hier etwas ändern. Sie traue der Verwaltung zu, dass diese einen guten Vorschlag hierzu unterbreiten werde. Einer Reduzierung der Ausschüsse würde die CDU-Fraktion grundsätzlich zustimmen.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte nach der Änderung der Aufwandsentschädigung. Hier liege bereits ein konkreter Vorschlag der Verwaltung vor. Die Frage sei doch, ob die Stadtverordneten auch bereit seien, bei sich selbst zu sparen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, für die Ratssitzung nach der Sommerpause werde hierzu ein konkreter Beschlussvorschlag vorgelegt.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, man habe von der Verwaltung 4 alternative Berechnungen vorgelegt bekommen. Die UWG-Fraktion werde für die für die Stadt am günstigste Lösung stimmen.

Herr **Schwickardi** wies darauf hin, dass man unterscheiden müsse zwischen der Maßnahme und dem konkreten Umsetzungsprozess. Innerhalb einzelner Maßnahmen werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt. Wenn die endgültige Diskussion, welches Modell genommen werden solle, noch nicht abgeschlossen sei, sei dies unschädlich. Es werde normal sein, dass teilweise erst bei der konkreten Umsetzung auch die konkreten Erkenntnisse einfließen werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er sei ja damit einverstanden, dass der konkrete

Beschluss zu dieser Maßnahme erst in Ratssitzung nach der Sommerpause erfolge. Aber über die gerade gehörten Ausführungen sei er verwundert, da im vorliegenden Fall konkrete Zahlen enthalten seien. Und nur, wenn man diesem Vorschlag folge, könne man die im Sanierungsplan aufgenommene Einsparung auch erzielen. Die Fraktion B90/Die Grünen seien jedenfalls auch mit der Änderung der Aufwandsentschädigung einverstanden.

Stadtverordnete **Piez** erklärte, es liegen konkrete Zahlen vor und es sei nicht in Ordnung, dass das Sparen bei den Politikern heute kein Thema sein solle.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** entgegnete, im Rahmen der vorliegenden Berechnung sei noch nicht alles abschließend geklärt, so zum Beispiel der Spielraum, wie viele Sitzungen im Rahmen des Sitzungsgeldes berücksichtigt werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** entgegnete, dies sei bereits besprochen worden. Es werden alle Rats- und Ausschusssitzungen berücksichtigt und zudem gemäß der Hauptsatzung 12 Fraktionssitzungen pro Jahr. Auch habe man bereits gesagt, dass man diesbezüglich die Hauptsatzung nicht ändern wolle.

zu Nr. 36 "Gebühren für städtische Planungsleistungen"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 37 "Einführung papierlose Gremienarbeit"

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass die Einführung bereits ab 2013 geplant sei.

zu Nr. 38 "Verkauf Fraktionsgebäude"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 39 "Wegfall der Seniorennachmittage"

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, die Maßnahme umzuformulieren in "Optimierung der Seniorennachmittage", den Betrag jedoch beizubehalten.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, auch er sei gegen die Streichung der Seniorennachmittage. Hier sollte man eher versuchen, die Veranstaltung über Sponsoring abzudecken, so wie es bereits auch schon bei anderen Veranstaltungen gemacht worden sei.

zu Nr. 40 "Wegfall der Geldzuwendungen bei Altersjubilaren etc., Ratsmitgliedern und Bediensteten"

Stadtverordneter **Weißborn** schlug vor, die Geldzuwendungen nicht komplett zu streichen, weil solche Zuwendungen als Form der Anerkennung wichtig seien. Jedoch könne man den Ansatz auf 50% reduzieren.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass eine Anerkennung nicht nur über einen Geldbetrag erfolgen könne und schlug die Umformulierung der Maßnahme in

"Kostenoptimierung der Zuwendungen bei Altersjubilaren etc., Ratsmitgliedern und Bediensteten" vor.

**zu Nr. 41 "Alt. 1: Mieterhöhung Schloss Zweibrüggen,
Alt. 2: Verkauf Schloss Zweibrüggen"**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er sei für die Mieterhöhung.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** stimmte dem zu.

zu Nr. 42 "Einstellen des Babybegrüßungspaketes"

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, hier trotzdem weiterhin Kontakt mit dem Kreis zu halten.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass die präventive Jugend- und Familienarbeit, die u. a. die Intention für das Babybegrüßungspaket gewesen sei, künftig anderweitig durch die öffentliche Jugendhilfe sichergestellt werde.

zu Nr. 43 "Kündigung der öffentl.-rechtl. Vereinbarung betr. DV"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

**zu Nr. 44 "Erhebung von Nutzungsentgelten für das Aufstellen von jagdlichen
Einrichtungen"**

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Rißmayer** erläuterte Dezernent **Gatzen**, dass die Stadt Eigentümer der Grundstücke sei, nicht aber Eigentümer der Einrichtungen.

zu Nr. 45 "Dienstfahrtenverringerung mit privaten Pkw"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 46 "Umstellung Protokollierung auf reine Ergebnisprotokolle"

Stadtverordneter **Weißborn** sprach sich gegen diese Maßnahme aus. So wie die Niederschriften derzeit geführt werden, seien sie gut, sinnvoll und nützlich. Zudem sei das angegebene Einsparpotential auch verschwindend gering.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass sich der angegebene Betrag auf die Einsparung des Papiers beziehe. Dies würde natürlich mit der Umstellung auf papierlose Gremienarbeit wegfallen. Wichtiger sei hier, inwiefern die derzeitige Führung des Protokolls Kapazitäten binde. Zudem verweise er auf die Hauptsatzung, in der bereits ein Ergebnisprotokoll festgelegt sei.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, die Protokolle werden seit Jahren anders geführt als in der Hauptsatzung vorgesehen. Sollte man sich nun künftig auf die Regelung in der Hauptsatzung berufen, werde die SPD-Fraktion die entsprechende Änderung der Satzung beantragen.

zu Nr. 47 "Verwendung des "alten" Stadtwappens auf allen Schreiben statt des farbigen Logos"

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die Aufführung dieser Maßnahme mit diesem im Verhältnis zum Gesamtvolumen winzigen Einsparpotential lächerlich sei (ebenso wie Nr. 48). Zudem werde das damals teuer eingekaufte Logo entfallen.

Bürgermeister Jungnitsch erläuterte, dass im Rahmen der Aufstellung des Sanierungsplanentwurfes alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung angehalten gewesen seien, Sparvorschläge einzureichen, auf Wunsch auch anonym. Viele Mitarbeiter haben sich Gedanken gemacht und man habe dies anerkennen wollen und somit alle Maßnahmen mit aufgeführt.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, es gehe hier um einen winzigen Betrag und dafür überlege man, von dem vorhandenen schönen Logo abzuweichen. Aber ob diese Maßnahme im Sanierungsplan enthalten bleibe und umgesetzt werde und ob dies Sinn mache, solle die Verwaltung selbst entscheiden.

zu Nr. 49 "Zinsreduzierungskonzept"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 50 "Heranziehung überörtlicher Straßenbaulastträger zu Entwässerungsgebühren"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 51 "Mieterhöhung CMC-Gebäude"

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

zu Nr. 52 "Aufgabe Musikschule"

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er werde dem zustimmen, habe aber die Bitte zu überprüfen, inwieweit das Musikangebot erhalten bleiben könne, z. B. über Vereine.

Bürgermeister Jungnitsch nahm diesen Vorschlag gerne auf und wies darauf hin, dass bei allen Dingen von Wert, die wegfallen müssen, nach Alternativen gesucht werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, die Formulierung "Aufgabe der Musikschule" klinge, als entscheide dies alleine die Stadt. Tatsächlich befinde sich die Musikschule seit 2004 jedoch in der Trägerschaft des Kreises Heinsberg und ob die Musikschule bleibe, entscheide somit nicht die Stadt alleine.

Da zu den **Nummern 53 bis 64** noch keine Berechnungen vorliegen, wurden diese nicht diskutiert, sondern werden erst bei der Aufstellung des Sanierungsplanes 2013 berücksichtigt.

Stadtverordneter **Rißmayer** fragte, ob es richtig sei, dass heute zwar über eine

grundsätzliche Steuererhöhung als Ausgleichsmaßnahme abgestimmt werde, hierdurch jedoch noch nicht konkrete Steuersätze festgelegt werden.

Bürgermeister Jungnitsch erläuterte, zusammen mit dem Haushalt 2013 werde ein Beschluss über die konkreten Hebesätze gefasst.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** entgegnete, die CDU-Fraktion wolle, dass die Steuersätze so wie sie im vorliegenden Sanierungsplan aufgeführt seien, heute so auch beschlossen werden.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, der Sanierungsplan müsse insgesamt ausgeglichen sein und dabei sollen sich Einsparmaßnahmen und Steuererhöhungen die Waage halten. Deswegen schlage er vor, die genannten Sätze so im Sanierungsplan stehen zu lassen. Die konkrete Festlegung der Steuersätze erfolge aber erst zusammen mit der Haushaltsberatung 2013.

Herr **Schwickardi** ergänzte, im Sanierungsplan müsse ein Ausgleich dargestellt werden und dies könne nur über die Nennung bestimmter Summen erfolgen. Wenn aber für die Umsetzung einer Maßnahme, wie hier die Änderung der Steuersätze, ein konkreter Beschluss erforderlich sei, ersetze die Entscheidung über den Inhalt des Sanierungsplanes nicht diesen separaten Beschluss.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, es sei noch nicht diskutiert worden, welche Gewichtung man bei den Steuern wolle. Vom Grundsatz her könne man heute die vorliegenden Zahlen beschließen, aber diese seien für die kommende Haushaltsberatung nicht bindend. Wenn sich in der Beratung andere Ausgleichsmöglichkeiten ergeben, könne man die Sätze entsprechend anpassen.

Kämmerer **Beeck** erklärte, dass man bei der Anzeige des Haushaltsanierungsplanes Steuersätze bei eingeplanten Steuererhöhungen angeben müsse, da die Aufsicht ansonsten nicht die Möglichkeit habe, die eingestellten Zahlen in der Berechnung zu prüfen.

Bürgermeister Jungnitsch wies noch einmal darauf hin, dass die konkreten Höhen der Hebesätze per Satzungsbeschluss am 29.11.2012 festgelegt werden.

Nun wolle man zur Beratung des Sanierungsplanes zurückkehren. Er habe aus der vorangegangenen Diskussion entnommen, dass folgende Änderungen gewünscht werden: Umformulierung der Maßnahme "Schließung Ü-Bad" in "Suche eines Betreibers für das Ü-Bad", Umformulierung der Maßnahme "Wegfall der Seniorennachmittage" in "Kostenoptimierung der Seniorennachmittage" und Umformulierung der Maßnahme „Wegfall der Zuwendungen bei Altersjubilaren etc., Ratsmitgliedern und Bediensteten" in „Kostenoptimierung der Zuwendungen bei Altersjubilaren etc., Ratsmitgliedern und Bediensteten". Die Beträge werden jeweils beibehalten.

Stadtverordneter **Bien** äußerte Bedenken, ob die Suche eines Betreibers für das Ü-Bad als neue Formulierung für den Sanierungsplan ausreiche. Immerhin seien doch für diese Änderung noch keine konkreten Zahlen ermittelt. Er fragte, ob man so vorgehen könne.

Kämmerer **Beeck** antwortete, wenn man die Zahlen beim Ü-Bad so beibehalte, un-

terstelle man, dass auch durch die Suche eines Betreibers für das Ü-Bad eine solche Kostenersparnis erzielt werde.

Bürgermeister Jungnitsch setze von 20.08 Uhr bis 20.15 Uhr eine Sitzungspause an, damit sich die einzelnen Fraktionen kurz beraten konnten.

Nach Ende der Sitzungspause erklärte Stadtverordneter **Weißborn**, die SPD-Fraktion werde dem Sanierungsplan heute, wie bereits begründet, nicht zustimmen. Bei den Beschlüssen im Rahmen der konkreten Umsetzung der Einzelmaßnahme werde man dann weitersehen.

Stadtverordneter **Rißmayer** führte aus, dass die Fraktion B90/Die Grünen bis auf die Maßnahme "Schließung Ü-Bad" dem Sanierungsplan grundsätzlich zustimmen würde. Die Umformulierung in Bezug auf die Maßnahme Ü-Bad halte er nicht für realistisch. Deswegen werde seine Fraktion dem Gesamtanierungsplan nicht zustimmen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem vorliegenden Sanierungsplan mit den genannten Änderungen zustimmen werde. Die SPD-Fraktion entziehe sich seiner Meinung nach der Verantwortung.

Stadtverordnete **Weinhold** fragte, was passiere, wenn der Sanierungsplan heute keine Mehrheit finden würde und somit zum Stichtag der Bezirksregierung kein beschlossener Sanierungsplan vorgelegt werden könnte.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, wenn kein Sanierungsplan vorgelegt würde, würde ein Sparkommissar seitens des Innenministeriums entsandt.

Herr **Schwickardi** ergänzte, er gehe davon aus, dass zunächst eine Nachfrist angesetzt würde, bevor ein Sparkommissar eingesetzt würde. Dies könne er jedoch nicht mit Sicherheit sagen.

Stadtverordneter **W. Gudduschat** erklärte, er werde dem vorliegenden Sanierungsplan mit den genannten Änderungen zustimmen.

Beschluss:

Dem vorliegenden Sanierungsplan wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

Die Maßnahme "Schließung Ü-Bad" wird in "Suche eines Betreibers für das Ü-Bad" umbenannt, die Maßnahme "Wegfall der Seniorennachmittage" wird in "Kostenoptimierung der Seniorennachmittage" umbenannt und die Maßnahme „Wegfall der Zuwendungen bei Altersjubilaren etc., Ratsmitgliedern und Bediensteten" wird in „Kostenoptimierung der Zuwendungen bei Altersjubilaren etc., Ratsmitgliedern und Bediensteten" umbenannt (die Beträge der Maßnahmen werden jeweils beibehalten)

(Der Sanierungsplan ist unter Berücksichtigung dieser Änderungen als Anlage der Niederschrift beigefügt.)

Abstimmungsergebnis:

**18 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

2. Erweiterungen zur Tagesordnung

2.1 Fortschreibung des Ergebnisplanes für den Zeitraum des Stärkungspaktes

Beschluss:

Den vorgelegten Fortschreibungen des Ergebnis- und des Finanzplanes wird zugestimmt (die Fortschreibungen sind als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass für die Haushaltsaufstellung 2013 folgende Termine vorgesehen seien: am 25.10.2012 werde im Rahmen einer Sonderratssitzung der Haushalt eingebracht, am 22.11.2012 erfolge die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss und am 29.11.2012 werde der Haushalt im Rat verabschiedet.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass sich der Ehemann der Verstorbenen Marlies Seeliger-Crumbiegel für die Beileidswünsche bedankt habe.

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 20.25 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.29 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin